

EU WAHL 2019: PARTEIENCHECK KLIMA & ENERGIE

MAI 2019

GREENPEACE

EINLEITUNG

Ende Mai wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. In diesem werden in der kommenden Legislaturperiode eine Vielzahl an relevanten Entscheidungen getroffen. Dabei wird auch im Mittelpunkt stehen, wie die Klimakrise zu stoppen ist.

Damit die Erderhitzung 1,5 Grad Celsius nicht übersteigt – und somit eine lebenswerte Zukunft in Europa und der ganzen Welt gesichert werden kann – müssen die klimaschädlichen Emissionen laut dem Weltklimarat IPCC halbiert und Kohlekraft bis 2030 um zwei Drittel reduziert werden.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind für einen erheblichen Teil der historischen globalen Emissionen verantwortlich. Gleichzeitig verfügt die Europäische Union über die finanziellen und technologischen Mittel, um als Vorreiter die Klimakatastrophe zu bekämpfen. Deshalb muss der Beitrag der EU zur Erreichung der Klimaziele weiterreichen als der globale Durchschnitt. Wissenschaft und Zivilgesellschaft fordern deshalb einen Kohleausstieg bis 2030 und Null-Emissionen bis 2040.

Anlässlich der EU-Wahl 2019 hat die Umweltschutzorganisation Greenpeace den aussichtsreichsten SpitzenkandidatInnen in Österreich neun Fragen zum Klimaschutz gestellt. Befragt wurden **Andreas Schieder** (SPÖ), **Othmar Karas** (ÖVP), **Harald Vilimsky** (FPÖ), **Werner Kogler** (Grüne), **Claudia Gamon** (NEOS) und **Johannes Voggenhuber** (1 Europa/JETZT).

Die Befragung im Überblick

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	GRÜNE	JETZT
#1 „Pariser Abkommen“	✓	✓		✓	✓	✓
#2 „Netto-Null bis 2050“	✓	✓		✓	✓	✓
#3 „Netto-Null bis 2040“	○	✓		✓	✓	✓
#4 „Zielerhöhung 2030“	○	✓		✓	✓	✓
#5 „Zielerhöhung 2030 → 65 %“	○	✓		✗	✓	✓
#6 „Zielerhöhung erneuerbare Energie“	✓	✓		✓	✓	✓
#7 „Ende fossiler Subventionen 2020“	○	✓		✓	✓	✓
#8 „EU-weiter Kohleausstieg bis 2030“	✓	✓		✓	✓	✓
#9 „CO2-Abgabe in Österreich sofern nicht auf EU-Ebene“	✗	○		✓	✓	✓



Grüne und 1 Europa/JETZT beantworten alle Fragen mit “Ja” und schneiden somit am besten ab, dicht gefolgt von SPÖ und NEOS. Die ÖVP stimmt bei mehr als der Hälfte der Fragen nicht zu und positioniert sich somit klar gegen ambitionierten Klimaschutz. Die FPÖ hat auf mehrfache Nachfrage hin nicht reagiert. Die Weigerung der Partei auf die Fragen zum Klimaschutz zu antworten sowie das meist negative Abstimmungsverhalten in der vergangenen Legislaturperiode, legen den Schluss nahe, dass sich die FPÖ auch in einem künftigen EU-Parlament nicht für Klimaschutz einsetzen wird.

Stimmen die Antworten mit dem Abstimmungsverhalten der jeweiligen Fraktion/Partei überein?

Bei einigen der im Parteiencheck gestellten und in der kommenden Legislaturperiode anstehenden Entscheidungen hat es in der vergangenen Legislaturperiode vergleichbare Abstimmungen gegeben.

Hier zeigt sich, dass die Grünen durchgehend für ambitionierten Klimaschutz gestimmt haben. Die SPÖ spricht sich weitgehend positiv zu Klimaschutzthemen aus, enthält sich allerdings bei der Frage einer nationalen CO₂ Steuer. Zudem hat sich die SPÖ bei der Greenpeace-Befragung dafür ausgesprochen, dass das bislang festgesetzte Ziel von 32 Prozent für den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter erhöht wird. Bei einer Abstimmung im Jahr 2018 stimmte die Partei jedoch auf EU-Ebene gegen eine Erhöhung des Ziels auf 45 Prozent.

Die NEOS sprechen sich in der aktuellen Greenpeace-Befragung dafür aus, Europa bereits ab 2040 CO₂-neutral zu gestalten - also ab diesem Zeitpunkt nicht mehr klimaschädliche Treibhausgase auszustoßen als etwa durch Aufforstung wieder gebunden werden kann. Doch ein Blick in die vergangene Legislaturperiode zeigt, dass die Partei bei einer ähnlichen Abstimmung sich gegen diesen Vorschlag geäußert hat. Unklar bleibt auch, zu welchen Klimaschutzmaßnahmen die NEOS bis 2030 bereit sind. Sie sind zwar prinzipiell der Meinung, dass bis zum Jahr 2030 EU-weit mehr an klimaschädlichen Treibhausgasen eingespart werden muss als bislang festgelegt, doch lehnen sie die Greenpeace-Forderung von 65 Prozent weniger klimaschädlichen Treibhausgasen bis 2030 ab und haben auf EU-Ebene auch gegen eine Erhöhung auf 55 Prozent gestimmt.

Die ÖVP bremst den Klimaschutz auf allen Ebenen weitgehend aus: Die ÖVP-Abgeordneten haben in der vergangenen EU-Legislaturperiode gegen ein Ende von Subventionen für etwa Erdöl und Erdgas gestimmt. Sowohl Bundeskanzler Sebastian Kurz als auch EU-Spitzenkandidat Othmar Karas haben sich bereits gegen nationale sowie EU-weite CO₂-Abgaben ausgesprochen. Die ÖVP gibt beim Greenpeace-Parteiencheck an, für ein Kohleausstieg zu sein, stimmt allerdings bei einer nicht-bindenden Resolution des Parlaments dagegen.

Die FPÖ hat in der vergangenen Legislaturperiode bei nahezu jeder wichtigen Abstimmung gegen Klimaschutz gestimmt. So lehnt die Partei etwa die Klimaneutralität bis 2040, eine Erhöhung des 2030 Klimaziels auf 55 Prozent, ein rechtlich-bindendes 40 Prozent Ziele für Energiesparen, ein rechtlich-bindendes 45 Prozent Ziel für Erneuerbare Energie und den Ausschluss von Ausgaben für Kohle, Öl und Gas aus dem EU-Budget ab.

Die Partei 1 Europa/JETZT lässt keine Vergleiche zu, da die Partei auf EU Ebene heuer erstmals antritt.

DIE BEFRAGUNG IM DETAIL

Frage 1

Bekennen Sie sich zu den Zielen des Pariser Abkommens, nämlich die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2°C und die Erreichung von Treibhausgas-Neutralität in der 2. Hälfte des 21. Jahrhunderts?

<input checked="" type="checkbox"/>	ÖVP, SPÖ, NEOS, GRÜNE, JETZT
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
kA	FPÖ

Hintergrund: Das Pariser Klimaabkommen ist der erste und bislang einzige, global für alle Staaten verbindliche Vertrag zum Klimaschutz. Darin ist festgehalten, dass die Erderhitzung auf deutlich unter 2°C begrenzt, nach Möglichkeit unter 1,5°C gehalten werden sollte. Um die Erreichung dieser Ziele zu gewährleisten, sollte in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts die Treibhausgasneutralität (es werden nicht mehr Emissionen ausgestoßen, als durch beispielsweise Aufforstung eingespart werden) erreicht werden. Das Pariser Klimaabkommen bildet die Grundlage für die nationalen (bzw. europäischen) Klimaschutz-Anstrengungen der einzelnen Länder. Diese umfassen sowohl kurzfristige (zunächst bis 2030) und langfristige (bis 2050) Ziele. Die kurzfristigen Klimaschutzpläne müssen in Zukunft alle fünf bis zehn Jahre den Vereinten Nationen vorgelegt werden. In der ersten Periode bis 2030 hat die EU ein Ziel von 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 vereinbart und vorgelegt. Derzeit wird über eine Erhöhung dieses Ziels diskutiert. Das langfristige Ziel der EU wird auch in den kommenden Monaten festgelegt werden - hier hat die Europäische Kommission im Jahr 2018 einige Vorschläge präsentiert, u.a. bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Die endgültigen Ziele für 2030 und 2050 werden in der kommenden Legislaturperiode festgelegt und wurden im Detail in diesem Parteiencheck behandelt (Fragen 2-5).

Als einzige Partei im österreichischen Parlament hat die FPÖ der Ratifizierung des Pariser Abkommens nicht zugestimmt. Auch im Europäischen Parlament hat die FPÖ als einzige österreichische Partei bei der Abstimmung gegen das Abkommen gestimmt.

Frage 2

Werden Sie dem Vorschlag der EU-Kommission nach Netto-Null-Emissionen in der EU bis 2050 zustimmen?

<input checked="" type="checkbox"/>	ÖVP, SPÖ, NEOS, GRÜNE, JETZT
<input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
kA	FPÖ

Hintergrund: Im November 2018 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine langfristige Klimastrategie vorgestellt. Zentrales Element ist die Erreichung von Netto-Null-Emissionen - das heißt, dass nicht mehr Emissionen ausgestoßen als etwa durch zusätzliche Waldflächen wieder gebunden werden - bis spätestens 2050. Dieses Ziel soll 2019 verbindlich als Ziel der EU festgelegt werden.

Im Zuge einer ersten, nicht-bindenden Resolution vor der 24. Weltklimakonferenz hat sich das europäische Parlament im Oktober 2018 mehrheitlich für Netto-Null-Emissionen bis spätestens 2050 ausgesprochen. Die Abgeordneten der ÖVP, SPÖ und Grüne haben dafür gestimmt bzw. nicht an der Abstimmung teilgenommen. Die NEOS haben an der Abstimmung nicht teilgenommen und die FPÖ dagegen gestimmt oder nicht teilgenommen.

Frage 3

Würden Sie das Ziel von Netto-Null-Emissionen in der EU bis 2040 unterstützen?

<input checked="" type="checkbox"/>	SPÖ, NEOS, GRÜNE, JETZT
<input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	ÖVP
kA	FPÖ

Hintergrund: Die Forderungen von Wissenschaft und Umweltschutzorganisationen gehen über die derzeit diskutierten Ziele hinaus. Um die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen, fordert Greenpeace für Europa die Erreichung von Netto-Null-Emissionen bereits 2040. Dazu braucht es ein verbindliches Ziel, das von EU-Parlament und Rat gemeinsam beschlossen werden muss.

Bisher gab es dazu im EU-Parlament bereits zwei rechtlich nicht-bindende Abstimmungen: im Jänner 2018 hat das europäische Parlament im Zuge der Abstimmung zu der "Governance Regulation" über einen Abänderungsantrag abgestimmt, der die vollständige Dekarbonisierung Europas - also defacto Netto-Null-Emissionen - bis 2040 zum Ziel hatte. SPÖ und Grüne haben dafür gestimmt, alle anderen Parteien und somit auch die NEOS, dagegen. Dies steht im Widerspruch zur Aussage der NEOS Netto-Null-Emissionen bis 2040 zu unterstützen. Darüber hinaus hat die damalige Abgeordnete der NEOS, Angelika Mlinar, an einer anderen Abstimmung zu Netto-Null Emissionen nicht teilgenommen, obwohl sie vor Ort war.

Frage 4

Werden Sie einer Erhöhung des Emissionsreduktionsziels von derzeit minus 40 Prozent bis 2030 zustimmen?

<input checked="" type="checkbox"/>	SPÖ, NEOS, GRÜNE, JETZT
<input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	ÖVP
kA	FPÖ

Hintergrund: Das derzeitige Emissionsreduktionsziel der EU reicht nicht aus, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Derzeit wird über eine Erhöhung diskutiert. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen das Ziel von derzeit 40 auf 45 Prozent zu erhöhen. Das EU-Parlament hingegen hat sich bereits für eine Erhöhung auf 55 Prozent ausgesprochen.

Bei dieser Abstimmung haben die Mehrheit der Abgeordneten der SPÖ und der Grünen für die Erhöhung gestimmt. ÖVP, FPÖ und NEOS stimmten alle dagegen oder haben sich enthalten.

Frage 5

Würden Sie ein Emissionsreduktionsziel von minus 65 Prozent bis 2030 unterstützen?

<input checked="" type="checkbox"/>	SPÖ, GRÜNE, JETZT
<input checked="" type="checkbox"/>	NEOS
<input type="checkbox"/>	ÖVP
kA	FPÖ

Hintergrund: Greenpeace tritt für eine Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgase um 65 Prozent bis 2030 ein. Nur so kann die Treibhausgasneutralität (Netto-Null) bis 2040 realistischerweise erreicht werden. Diese Position, die im Einklang mit allen Klimaschutz-Organisationen Europas im Rahmen des Climate Action Network Europe getroffen wurde, orientiert sich im Wesentlichen an dem "P1 Pfad" des Weltklimarats IPCC, basierend auf dem Spezialbericht zu 1,5°C. Dieser Emissionspfad (Szenario) ist der einzige, der ohne die äußerst umstrittene Abscheidung und Bunkerung von CO₂ (Carbon Capture and Storage, CCS) auskommt.

Die Positionen der SpitzenkandidatInnen sind im Wesentlichen konsistent mit vergleichbaren Abstimmungen im EU-Parlament, bei denen sich SPÖ und Grüne für ein Ziel von 55% aussprachen, ÖVP, FPÖ und NEOS sich enthielten oder dagegen stimmten.

Frage 6

Werden Sie bei der Überprüfung der Erneuerbare-Energie-Richtlinie im Jahr 2023 einem höheren Ziel, als derzeit 32 Prozent bis 2030, zustimmen?

<input checked="" type="checkbox"/>	ÖVP, SPÖ, NEOS, GRÜNE, JETZT
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
kA	FPÖ

Hintergrund: Von allen Sektoren (zum Beispiel Mobilität, Landwirtschaft, Industrie) ist die Verringerung von klimaschädlichen Treibhausgasen im Bereich der Energieerzeugung vergleichsweise am einfachsten. Das ergibt sich aus der Tatsache, dass die erforderlichen Technologien (Photovoltaik, Wind, Wasser) bereits zu niedrigen Preisen verfügbar sind. Daher muss Klimaschutz in diesem Bereich als erstes und am schnellsten vorangetrieben werden, da die Emissionsreduktionen in anderen Bereichen, wie etwa in der Stahlerzeugung, heute noch nicht technologisch möglich bzw. ökonomisch sinnvoll sind. Im Jahr 2023 steht eine Überprüfung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie an. Hier gilt es das Ziel anzupassen und deutlich zu steigern.

Im Zuge des Beschlusses der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie im Jahr 2018 wurde über einen Abänderungsantrag abgestimmt, der ein bindendes Ziel von 45 Prozent erneuerbare Energie bis 2030 vorsah. Nur die Grünen stimmten dafür, alle anderen Fraktionen dagegen.

Frage 7

Würden Sie einem Beschluss für ein Ende aller Subventionen für fossile Brennstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle ab 2020 zustimmen?

<input checked="" type="checkbox"/>	SPÖ, NEOS, GRÜNE, JETZT
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	ÖVP
kA	FPÖ

Hintergrund: Fossile Brennstoffe sind Hauptverursacher von Treibhausgasen und somit auch der Schlüssel zur Reduzierung dieser. Eine Reihe von neuer Technologien ermöglicht es, dass Energie und Strom aus erneuerbaren Ressourcen gewonnen werden bzw. dass im Bereich der Mobilität der Umstieg von Verbrennungsmotoren auf Elektromotoren gelingt. Damit diese auf faire Marktbedingungen treffen und entsprechende Investitionen in erneuerbare Technologien fließen, müssen marktverzerrende Subventionen abgeschafft werden.

Bei einer rechtlich nicht-bindenden Abstimmung in der vergangenen Legislaturperiode haben alle Fraktionen außer der ÖVP, für eine Beendigung der Subventionen für fossile Brennstoffe gestimmt.

Frage 8

Unterstützen Sie einen EU-weiten Kohleausstieg bis spätestens 2030?

<input checked="" type="checkbox"/>	ÖVP, SPÖ, NEOS, GRÜNE, JETZT
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
kA	FPÖ

Hintergrund: Kohlekraft ist der Klimakiller Nummer eins und ist weltweit für 46 Prozent der klimaschädlichen CO₂-Emissionen verantwortlich. Darüber hinaus sorgt Kohlekraft für 800.000 frühzeitige Todesfälle weltweit und verursacht massive Gesundheitskosten. Der Weltklimarat IPCC konstatiert, dass die Nutzung der Kohlekraft weltweit um mindestens zwei Drittel bis 2030 zurückgehen muss. In Europa, wo die Energiewende vergleichsweise fortgeschritten ist und die ökonomischen Möglichkeiten am höchsten sind, braucht es daher den kompletten Ausstieg aus der Kohle.

Im Rahmen einer nicht-bindenden Resolution - die erst im März 2019 verabschiedet wurde - mit dem Titel "Saubere Luft für Alle" stimmten SPÖ, Grüne und NEOS für einen

Kohleausstieg bis 2030. Die FPÖ hat sich enthalten, die ÖVP stimmte mit Ausnahme von Karas, der sich enthielt, geschlossen gegen den Kohleausstieg.

Frage 9

Soll Österreich eine CO₂-Abgabe auf nationaler Ebene einführen, so es keinen EU-weiten Beschluss gibt?

<input checked="" type="checkbox"/>	NEOS, GRÜNE, JETZT
<input checked="" type="checkbox"/>	ÖVP
<input type="checkbox"/>	SPÖ
kA	FPÖ

Hintergrund: Die CO₂-Abgabe gilt als ein wirkungsvolles Lenkungsinstrument für die Marktwirtschaft, um den Preis richtig darzustellen. Im Moment sind die Schäden und negativen Auswirkungen, die durch den Ausstoß von Treibhausgasen entstehen, im Marktpreis nicht enthalten. Eine CO₂-Abgabe bietet die Möglichkeit CO₂-intensive Produkte zu besteuern und somit teurer zu machen. Einerseits sinkt dadurch die Nachfrage am Markt betreffend des Produkts, andererseits können die zusätzlichen Einnahmen vom Staat beispielsweise in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden.

Länder wie Schweden haben bereits CO₂-Steuern auf nationaler Ebene eingeführt, mit den Treibhausgasen reduziert und dafür andere unpopuläre Steuern abgeschafft werden konnten.

Der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, hat sich bereits offen gegen eine EU-weite CO₂-Abgabe ausgesprochen. Ebenso Bundeskanzler Sebastian Kurz. In der Sendung [Pro&Contra auf Puls4 \(12.5.2019\)](#) wurden die SpitzenkandidatInnen gefragt, ob "die EU eine CO₂-Steuer einführen" soll. SPÖ, Grüne, NEOS sowie 1Europa antworteten mit "Ja", FPÖ sowie ÖVP (auf Nachfrage) hingegen mit "Nein".